

Antrag

der Abgeordneten Dietrich Wersich, Dennis Gladiator, Nikolaus Haufler, Klaus-Peter Hesse, Thilo Kleibauer, Thomas Kreuzmann, Wolfhard Ploog, Karin Prien, Dr. Walter Scheuerl, Christoph de Vries, Andreas C. Wankum (CDU) und Fraktion

der Abgeordneten Dr. Stefanie von Berg, Christiane Blömeke, Phyliss Demirel, Olaf Duge, Katharina Fegebank, Christa Goetsch, Dr. Eva Gümbel, Anja Hajduk, Jens Kerstan, Antje Möller, Farid Müller, Heidrun Schmitt, Dr. Till Steffen und Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE Fraktion)

der Abgeordneten Robert Bläsing, Dr. Kurt Duwe, Carl-Edgar Jarchow, Dr. Thomas-Sönke Kluth, Finn-Ole Ritter, Dr. Wieland Schinnenburg, Katja Suding, Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP) und Fraktion

der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Tim Golke, Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Heike Sudmann (DIE LINKE)

Betr.: Aktenvorlageersuchen zur Haasenburg GmbH

In den letzten Monaten haben Kinder und Jugendliche, die in Einrichtungen der Haasenburg GmbH in Brandenburg untergebracht waren, das Konzept und die Erziehungsmethoden massiv kritisiert und von Zwang, Erniedrigungen und Gewalt berichtet. Die Staatsanwaltschaft Cottbus hat mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet, unter anderem gegen die Geschäftsführung des Trägers. Aufgrund der Vorwürfe hat das Bildungsministerium Brandenburg eine Untersuchungskommission eingerichtet. Zudem wurden ein Belegungsstopp und ein Beschäftigungsverbot gegenüber drei Mitarbeitern des Trägers ausgesprochen. Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat am 21.06.2013 die Belegung dieses Trägers mit weiteren Kindern und Jugendlichen aus Hamburg vorerst gestoppt. Allerdings befinden sich noch immer Minderjährige aus Hamburg in den Einrichtungen.

Insgesamt hat Hamburg seit dem Jahr 2009 über 50 Minderjährige in den Heimen der Haasenburg GmbH geschlossen untergebracht. Die Stadt Hamburg trägt Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen aus Hamburg, die dort betreut wurden und werden. Daher müssen die Vorgänge und Vorwürfe rund um die Haasenburg GmbH nicht nur in Brandenburg, sondern auch durch die Hamburgische Bürgerschaft aufgeklärt werden. Dabei ist insbesondere zu klären, wann staatliche Stellen in Hamburg Kenntnis von den Vorwürfen gegen die Haasenburg GmbH hatten und welche Rolle der SPD-Schatzmeister, Prof. Dr. Christian Bernzen, als Anwalt des Trägers und Mitglied der Kontrollkommission der Haasenburg GmbH dabei gespielt hat.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung wird beantragt:

Der Senat möge der Hamburgischen Bürgerschaft unverzüglich, spätestens bis zum 15. September 2013, sämtliche Akten, Vorgänge, E-Mails, Gutachten und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen, Gremien der Freien und Hansestadt Hamburg vorlegen, die im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Minderjährigen in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH stehen. Dazu zählen insbesondere die Betreuungsverträge sowie Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit dem Träger Haasenburg GmbH, sämtliche Fallakten der Sozialen Dienste sowie des Familieninterventionsteams, Unterbringungsbeschlüsse, Vorgänge und Unterlagen zur Arbeit der Kontrollkommission der Haasenburg GmbH sowie zur Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Dienststellen in Brandenburg.